Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 157 (1991)

Heft: 7-8: Wehrhafte Schweiz

Artikel: Die Schweiz der Zukunft als geschützter Freiheitsraum

Autor: Hasler, Heinz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-61038

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz der Zukunft als geschützter Freiheitsraum

Heinz Häsler

Mit überwältigender Mehrheit hat sich das Parlament hinter den bundesrätlichen Bericht über die Sicherheitspolitik gestellt. Die Marschrichtung ist gegeben. Der Generalstabschef geht in seinem Verantwortungsbereich den Weg in die Zukunft mit Dankbarkeit und Zuversicht. Er plädiert für Wachsamkeit und Wandel, Miliz und Realismus. H.B.

Heinz Häsler, Bundeshaus, 3003 Bern; Korpskommandant; Generalstabschef; ehemaliger USC Planung; Kdt F Div 3; Kdt FAK 2.

Das Umfeld

Die sicherheitspolitische Lage, insbesondere in Europa, ist in den letzten zweieinhalb Jahren durch erfreuliche Ereignisse in Bewegung geraten. Der kalte Krieg ist zu Ende. Der Westen hat ihn gewonnen.

Die Teilung Europas ist, zumindest politisch-militärisch, weitgehend überwunden. Die Vereinigung Deutschlands konnte stattfinden. Der Abzug sowjetischer Truppen auch aus den bisherigen Satellitenstaaten Mittel- und Osteuropas ist im Gange. Diese Staaten suchen ihre Selbstbestimmung, und ihre auch politische Loslösung aus dem Warschauer Pakt scheint eine Frage der Zeit zu sein.

In der Rüstungskontrolle wurden Fortschritte erzielt.

Der Prozess der Konferenz der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde vertieft und ausgebaut.

In Paris haben sich letzten November alle KSZE-Teilnehmerstaaten zu Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten verpflichtet.

Fernziel: Europäische Sicherheitsordnung

Es besteht Hoffnung, dass Europa zusammenwachsen könnte – zu einem Kontinent, der nicht mehr durch Konfrontation, sondern durch Kooperation gekennzeichnet ist. *Die sogenannte «neue europäische Sicherheitsordnung» wird angestrebt, ist Fernziel. Sie ist aber noch nicht Wirklichkeit, obschon sie in aller Munde ist.*

Und es sind leider trotz aller positiver Grundtendenzen gegenläufige Entwicklungen, Risiken, Probleme und Gefahren nicht zu übersehen.

Anlass zu Sorgen

Zu Sorge Anlass gibt einmal die Entwicklung in der Dritten Welt, wo die Gefahr bewaffneter Konflikte alles andere als gebannt ist. Die *Proliferation modernster Waffensysteme* atomarer, chemischer, biologischer oder auch nur konventioneller Art in die Hand skupelloser Staatsoberhäupter lässt auch für Europa direkte und indirekte Gefährdungen entstehen.

Die internationale Migration, sei sie von Süd nach Nord oder gerade auch im Krisenfall von Ost nach West, bildet eine zunehmende Gefahr für unsere Existenz.

Überbevölkerung, Vernichtung der Lebensgrundlagen durch Naturereignisse oder menschliche Eingriffe, ernsthaft werdender Wassermangel, aussichtslose wirtschaftliche Lage, ethnische oder nationalistische Konflikte, sie alle können die Völkerwanderung des ausgehenden 20. Jahrhunderts zur Katastrophe werden lassen.

Die Lage in der Sowjetunion ist instabil und undurchsichtig. Ohne Ruhe in dieser einzigen Grossmacht Europas ist ein vereintes friedliches Europa kaum denkbar. Besondere Bedeutung erhält neben der innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion deren Haltung zu den früheren Satellitenstaaten. Diese – zumindest Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei – wollen möglichst schnell und auf verschiedenen Ebenen den Anschluss an Westeuropa. Die UdSSR will diesen Staaten nur eine beschränkte Souveränität zubilligen und sie mit bilateralen Verträgen und einem möglichen Veto gegen Westverbindungen kontrollieren. Dadurch fühlen sich diese Staaten bedroht. Dies um so mehr, als der Wandel zu Demokratie und Marktwirtschaft alles andere als gesichert ist. Es fehlt an Mitteln im wirtschaftlichen, ökologischen, aber auch im sicherheitspolitischen Bereich.

Hier muss der Westen rasch Hand zur Hilfe bieten. Es gilt zu verhindern, dass sich zwischen der UdSSR und den Staaten Westeuropas ein Niemandsland bildet.

Nationalistische Tendenzen und ethnische Probleme sind weitere latente Spannungsfelder, die den hoffnungsvollen Neuanfang dieser Staaten ins Chaos ziehen können. Das Auseinanderbrechen Jugoslawiens, das den Balkan zu erschüttern droht und dessen Folgen unabsehbar sind, darf nicht zu einem osteuropäischen Flächenbrand werden.

Es muss auch beachtet werden, dass *auf dem Abrüstungssektor ein Stopp eingeschaltet* wurde.

Die Verschiebung von rund 80 000 Stück Grosskampfsystemen wie Panzer, Kampffahrzeuge, Artillerie, aber auch Flugzeuge und Helikopter durch die UdSSR hinter den Ural, um sie vorgängig der Unterzeichnung des Abrüstungsvertrags CFE I noch rasch der Verschrottung zu entziehen, hat dazu geführt, dass die USA den Vertrag nicht ratifiziert haben.

Stockungen sind auch bei den Besprechungen um Abrüstung der Interkontinental-A-Waffen (START), auf dem Sektor der C-Waffen und bei den «Open-Sky»-Verhandlungen eingetreten.

Die Hoffnung muss bestehen, dass das Abkommen ausgeführt und also eine erste Tranche abgerüstet wird.

Festzustellen gibt es hier allerdings, dass damit die Kampfkraft der Streitkräfte kaum abnimmt, wird doch nicht vorgeschrieben, was abzurüsten sei, sondern nur wieviel. Man verschrottet also alte Systeme und lässt zahlenmässig weniger, jedoch modernste neue Systeme zulaufen. Die Reduktionen erfassen zudem schwergewichtig terrestrische Systeme, währenddem die Luftstreitkräfte relativ verschont werden. Sie bleiben deshalb Mittel für strategisch-operative Schläge nach wie vor.

Völlig unklar schliesslich ist die künftige Stellung Frankreichs und Grossbritanniens zu einem ohne Zweifel weiter erstarkenden vereinigten Deutschland, besonders, wenn die USA ihre militärische Präsenz in Europa in den nächsten Jahren wesentlich reduzieren wollen.

Ungewisse Entwicklung

Wir sehen, dass zahlreiche Kraftlinien unterschiedlicher Natur eine erhebliche sicherheitspolitische Dynamik entwickeln.

Wohin die Dinge führen oder vielleicht auch treiben, weiss niemand. Wir durchleben eine Übergangsperiode hohen politischen Entscheidungsdrucks. Möglich ist eine positive Entwicklung hin zu den Grundsätzen der Pariser Charta und damit die Weiterführung hin zu einer wirklichen Sicherheitsordnung.

Möglich bleibt aber auch eine Explosion Jugoslawiens und/oder der UdSSR mit schweren Wirren auch grenzüberschreitender Natur, mit Millionen von Flüchtlingen, was das labile Europa in eine chaotische Krise stürzen könnte.

Sicher ist, dass letztlich eine stabile Sicherheitsordnung in Europa nur auf der Basis gemeinsamer Werte entstehen kann.

Deren Herausbildung erfordert auch im besten Fall sehr viel Zeit, Geduld und die Überwindung jahrhundertealter Geschichte, aber auch machtpolitischer Grundsätze.

Innenpolitische Situation der Schweiz

In diesem Umfeld von Hoffnung auf eine bessere europäische Zukunft, aber auch von Labilität, Risiken und Gefährdungen, von noch vorhandenen überdimensionierten Machtpotentialen, von nicht zu übersehendem Feilschen der Mächtigen um eigene Vorteile im gemeinsamen Europa, in dieser herausfordernden Epoche steht der neutrale Kleinstaat Schweiz an der Schwelle zum 8. Jahrhundert seines Bestehens.

Es ist verständlich, dass die weltpolitischen Ereignisse auch unsere Bürgerinnen und Bürger aufrütteln, dass sie sich Gedanken über die Zukunft unseres Vaterlandes machen, über seine künftige ökologische, wirtschaftliche, politische und besonders auch sicherheitspolitische Situation. Dass dabei die geschilderte Unsicherheit, die Instabilität, aber auch die berechtigte Hoffnung ihre Auswirkungen auf unser Denken haben müssen, versteht sich. Innenpolitische Ereignisse der letzten Zeit, zum Teil wenig erfreulicher Art, haben das Ihre dazu beigetragen, dass sich in unserem Land zu dieser Unsicherheit, zu Hoffen und Bangen, zeitweise eine gewisse Verdrossenheit gegenüber dem Staat, seiner Führung und seinen Institutionen bemerkbar macht.

Dazu kommt: *Je besser es jedem Einzelnen in Beruf und Freizeit ergeht, je weniger braucht er die Gemeinschaft als Hilfe und Stütze,* nach dem Motto: «Schaue ein jeder für sich, dann ist für alle geschaut!»

So ist es nicht verwunderlich, wenn die Ansichten über die Zukunft unseres Landes weit auseinandergehen. Wir hören alles: Den konservativen Bremser, der vorläufig nichts Grenzüberschreitendes akzeptiert, den Avantgardisten, der die Schweiz bereits im Europäischen Haus verschwunden sieht und sogar denjenigen, der mit dem Slogan «700 Jahre sind genug» abreissen und verkommen lassen will, was seine Vorfahren in harter Arbeit erschaffen haben.

Es ist keine Schande, in einem Land leben zu können, das seine Souveränität über Jahrhunderte erkämpft und in der Neuzeit mit grossem Glück behalten hat. Auch im Wohlstand leben zu dürfen, den Generationen hart erarbeitet haben, ist nichts Anrüchiges. Man muss aber offen und bereit sein, das eigene Zuviel denen zukommen zu lassen, die an Mangel leiden, im In- und Ausland.

Es ist aber auch nicht zu tadeln, wenn ein Volk, und damit seine Regierung, in einer Zeit der Ungewissheit und der Instabilität vorsichtig die Möglichkeiten abtastet, die sich für einen Binnen-Kleinstaat für die Zukunft ergeben könnten. Und nur ein einfältiges, dummes Volk würde ausgerechnet in einer solchen Epoche seine jahrhundertealten Institutionen und Maximen, die es zu Berechenbarkeit, Souveränität und vor allem zu Freiheit geführt haben, verkommen lassen und sogar aufgeben. Aufgaben für etwas, das weder genau definiert ist, noch besteht. Dass unser Volk sich ein Vabanquespiel mit diesen Institutionen nicht gefallen lässt, hat das Resultat der Abstimmung über die Abschaffung der Armee von Ende 1989 mit aller Deutlichkeit gezeigt. Welch anderer Staat hätte in dieser Epoche des Umbruchs ein solches Resultat erreicht, wer hätte eine solche Abstimmung überhaupt gewagt?

Kleinstaat Schweiz

Es ist wohl auch klug, sich über den Stellenwert klar zu werden, den Eingaben und Vorschläge eines Kleinstaates wie der Schweiz zur Regelung und Schaffung eines besseren Europas im Verhandlungskomplex der Grossmächte haben. Das ergibt dann auch die Erkenntnis, dass sogenannte wagemutige Schritte und Pionierleistungen im sicherheitspolitischen Bereich, also Abwertung und schliesslich Abschaffung der Armee im Hinblick auf ein neues Europa weder gefragt sind, noch als Beispiel beachtet werden. Nicht nur, weil in der europäischen Sicherheitspolitik kaum die Schweiz federführend sein kann, sondern auch, weil niemand die Streitkräfte abschaffen will. Ziel ist die sogenannte «strukturelle Nichtangriffsfähigkeit», und die besitzt ausgerechnet die Schweizer Armee seit ihrem Bestehen.

Die Berechenbarkeit, die Vertrauenswürdigkeit jedes Staates in Europa ist es also, was der neuen europäischen Sicherheitsordnung als Ziel vorschwebt, und die Streitkräfte u. a. haben diese Sicherheit zu gewährleisten.

Die Schweiz arbeitet in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) aktiv mit. Künftig werden wir dort auch Vollmitglied sein können.

Bei positiver Entwicklung auf ein neues Europa hin werden wir wohl zu Verhandlungen auch im sicherheitspolitischen Bereich antreten. Unsere Eintrittschancen in jede Art europäischer Gemeinschaft sind dann wahrscheinlich besser, wenn wir sie aus der Position der Stärke und der Vertrauenswürdigkeit heraus wahrnehmen können, als wenn das Ausland feststellen müsste, dass hier ein ehemals geachteter Kleinstaat um Aufnahme bittet, dem Souveränität, Wille zur Selbstbehauptung und Selbstachtung wenig mehr bedeuten.

Unser Land ist kein Scherbenhaufen. Es ist auch nicht gleich das Verderben und der Untergang dieses Landes, wenn Fehlerhaftes aufgedeckt und Missstände bekannt werden. Menschliches Zusammenleben birgt auf allen Stufen Konflikte in sich. Verheerend wäre es für dieses Zusammenleben, ob in der Familie, im Verein, in der Gemeinde, im Kanton oder in unserer Eidgenossenschaft, wenn der Wille erlöschen würde, Ungereimtes und Konfliktherde zu beseitigen, den Dialog zu finden und auch zu verzeihen.

Wir wollen es nicht soweit kommen lassen. Unser Lebensraum, den wir Heimat nennen, ist keine Öde. Wir wollen ihn als Demokratie weiter pflegen und verbessern. In der Demokratie schreiten wir in kleinen Schritten voran, man braucht wohl länger auf dem Weg in die Zukunft, steht aber mit beiden Beinen auf dem Boden.

Die schweizerische Sicherheitspolitik

Der Schutz der Rechte, der Souveränität und der Freiheit unserer Demokratie basieren seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts auf der sicherheitspolitischen Maxime der bewaffneten Neutralität.

Angesichts des Wandels vor allem im europäischen Umfeld hat der schweizerische Bundesrat die künftig zu verfolgende Sicherheitspolitik unseres Landes überdacht und ist mit dem Bericht vom 1. Oktober 1990 an die Öffentlichkeit gelangt. Der Bericht kann und darf nicht nur angesichts der ungewissen Perspektiven nichts Visionäres sein. Er hat das Machbare, das Realisierbare für die nahe Zukunft aufzuzeigen. Er ist aber so zu konzipieren, dass er nicht für alle Zeiten zementiert wird, sondern periodisch überdacht und angepasst werden kann. Ungeduldige finden darin weder eine bevorstehende Aufgabe der Neutralität noch die Abkehr von der allgemeinen Wehrpflicht. Solche grundlegenden Entscheide hat der Souverän zu treffen. Und bis es soweit ist, wird durch Regierung und Parlament eine gewaltige gedankliche Vorbereitung dieses Souveräns zu tätigen sein. Mit oberflächlich formulierten, unüberlegten Forderungen ist es nicht getan.

Die Sicherheitspolitik wird definiert als Antwort auf jede Art machtpolitisch bedingter Gefahren. Sie schliesst Bedrohungen aus, welche aus natur- und zivilisationsbedingten Ereignissen und aufgrund wirtschaftlicher, demographischer und ökologischer Entwicklungen entstehen.

Sicherheitspolitik ist also ein Teil der allgemeinen Existenzsicherung unseres Landes, und der Bericht zeigt die sicherheitspolitischen Erfordernisse auf. Da der zu schützende Freiheitsraum aber noch andere Bedingungen erfüllen muss, damit die Existenz der Bewohner gewährleistet ist, darf gehofft werden, der Bundesrat nehme sich auch der übrigen existenziellen Gefahren an. Vieles hat sich ja lange vor dem politischen Wandel in Europa verändert und ist zu Gefahren für Leib und Leben, Fauna und Flora geworden. Auch hier drängen sich klare Zukunftsvorstellungen der Regierung auf. Eine Besonderheit der künftigen Sicherheitspolitik der Schweiz ist deren Ausweitung.

Nicht länger soll nur das Bewahrende und Staatserhaltende Gültigkeit haben. Nach Massgabe unserer Möglichkeiten und Mittel sollen Aktionen zur Friedensförderung, zu Kooperation und Hilfeleistung über die Grenzen weg durchführbar sein.

Aussenpolitik, Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik haben damit als Pfeiler der Sicherheitspolitik an Bedeutung gewonnen. Hauptträger ist und bleibt aber die Armee.

Gerade sie steht gegenwärtig durch die rasanten Wechsel im europäischen Umfeld am nachhaltigsten im Blickfeld. Neben der Diskussion über ihren Auftrag, ihre Stärke und ihren Aufbau ertönt der Ruf nach vermehrter Anpassung des militärischen Alltags an zivile Gepflogenheiten.

Die Aufgaben der Armee im Rahmen der Sicherheitspolitik

Permanente Verteidigungsfähigkeit

Aufgrund der Ausweitung unserer künftigen Sicherheitspolitik erhält auch die Armee als deren Hauptträger einen *weiter gefassten Auftrag als bisher.* Seine drei Teile umfassen

- Friedensförderung,
- Existenzsicherung,
- Kriegsverhinderung und Verteidigung.

Friedensförderung und Existenzsicherung im Rahmen der Armee sind als Beiträge zu den Bemühungen anderer staatlicher Mittel zu leisten. Ebenfalls die Kriegsverhinderung ist mehreren staatlichen Institutionen als Verbund auferlegt, mit eindeutigem Schwergewicht bei der Aussenpolitik.

Sofern es aber zum letzten kommt, zur Verteidigung des Landes und des Volkes, hat die Armee diesen Auftrag allein auszuführen. Und die militärischen Führer allein würden gegenüber Parlament und Regierung die Verantwortung tragen für Erfolg oder Versagen. Es wären auch die militärischen Führer, die bei Versagen dafür zur Rechenschaft gezogen würden. Dabei ist dies nicht eine Verantwortung, die erst dann zum Tragen kommt, wenn Kampfhandlungen ausbrächen; die demzufolge bei entspannter Lage nicht wahrgenommen zu werden braucht.

Diese Verantwortung umfasst auch die Vorbereitung unseres Verteidigungsinstrumentes, also dessen materielles, konzeptionelles und ausbildungsmässiges Genügen.

Sofern man also der Armee den Auftrag gibt, Land und Volk verteidigen zu können – und der sicherheitspolitische Bericht tut es ja – muss jederzeit sichergestellt sein, dass dieser Auftrag auch erfüllt werden könnte.

Langfristige Planung im kurzfristigen Wandel

Damit ist gleich ausgedrückt, dass eine kurzfristig eingetretene Änderung des politischen Umfelds, der sicherheitspolitischen Lage, nicht entscheidend sein darf für die grundsätzliche Verteidigungsbereitschaft.

Wohl können Verbesserungen der

internationalen Lage zu Akzentverschiebungen führen, insbesondere bei der Mittelzuteilung für die verschiedenen Aufgaben unseres Staates – und dies ist tatsächlich gegenwärtig zu ungunsten der Armee auch der Fall. Ein Ausbleiben der notwendigen Finanzen für die Armee ergibt jedoch früher oder später
– die Veralterung des Waffenpotentials;
– damit die Chancenverminderung unserer Verbände für das moderne Gefecht (mit dem Sturmgewehr hat man gegen moderne Luftfahrzeuge keinen Erfolg);
– eine mangelnde Motivation der Truppe;
– eine ungünstige Beurteilung der Kampfkraft unserer Streitkräfte durch das Ausland;
– und schliesslich die Unerfüllbarkeit des Verteidigungsauftrages.

Noch aus einem andern Grund dürfen aktuelle politische Situationen nicht zu grundsätzlichen Kehrtwendungen in der Verteidigungsbereitschaft führen.

Wir erleben es in dieser Zeit, wie abrupt und praktisch ohne Anzeichen Bündnisse, Allianzen, Intensionen und somit politische Lagen sich verändern; in Monaten, Wochen, ja Tagen. (Wer hat in der Euphorie für stetigen Frieden den Überfall auf Kuwait vorhergesagt?) Die Verteidigungsbereitschaft von Streitkräften, besonders solchen der Miliz, ist dieser Hektik nicht anpassbar. *Was nicht vorausschauend konzipiert, beschafft, gewartet und ausgebildet wurde, ist bei Verschärfung des militärpolitischen Umfeldes nicht mehr aufzuholen.* Bezeichnend hier die These der US-Streitkräfte. Sie lautet im Rüstungs- und Ausbildungsbereich: «On the battle field is no time to buy and to train!» Auch bei verlängerten Vorwarnzeiten und damit an sich einer Vergrösserung der Zeitspanne zwischen Anzeichen und Ausbruch von kriegerischen Handlungen – zumindest terrestrischer Art – wäre ein zeitgerechtes Wiedererstellen früher vernachlässigter Bereitschaft für unsere Armee nicht möglich.

Dies ist nicht nur eine Folge unseres relativ trägen Entscheidungsprozesses im Rüstungsablauf. Den könnte man an sich durch dezidierte politische Kraftakte ja verkürzen. Massgebend ist vor allem, dass man in Zeiten der Krise nichts mehr beschaffen kann:
– kein Spitzen-Know-how und schon gar nicht
– komplette hochtechnisierte Waffen und Geräte.

Die Erstellerstaaten benötigen dies, um selber aufzurüsten. Im weitern würden sie zuerst ihre Allianzstaaten beliefern, bevor die Reihe an einen Neutralen käme.

Die Verteidigungsbereitschaft ist also nicht auf eine momentane sicherheitspolitische Lage abstimmbar, und eine sogenannte, je nach politischem Tauwetter oder Frost anzuwendende «stop – go»-Politik würde für unser sicherheitspolitisches Machtinstrument, unsere Milizarmee, verheerend sein. Man kann eine Armee nicht einmotten, um sie bei Bedarf wieder abzustauben und hinzustellen.

Unter dieser Erkenntnis haben die verantwortlichen militärischen Führer ihre Forderungen an die politischen Behörden zu stellen, auch wenn sie damit bei gewissen Kreisen nicht mit Verständnis rechnen dürfen.

Der hohe Stellenwert der Armee als Mittel zur Verteidigung von Land und Volk, wie ihn der Bundesrat im sicherheitspolitischen Bericht festhält, ist also die folgerichtige Konsequenz aus der militärpolitischen Lagebeurteilung.

Die Beiträge der Armee zu Friedensförderung und Existenzsicherung

Das sicherheitspolitische Mittel Armee soll künftig Beiträge zur Friedensförderung und Existenzsicherung unseres Landes leisten können.

Wenn dies auch nicht einer grundsätzlich neuen Betrachtungsweise zuzuschreiben ist – *die Armee wird schon lange erfolgreich bei Naturkatastrophen im Inland eingesetzt* – so ergibt sich doch eine beträchtliche Ausweitung der Aufgaben.

Gerade bei den Bemühungen um die Friedenssicherung ist wohl unser Land etwas gar lange abseits gestanden. Dies mag im Zeitalter des kalten Krieges verständlich gewesen sein. Bereits aber im Vergleich zu den andern Neutralen haben wir hier einen wesentlichen Nach- und Aufholbedarf.

Was können wir leisten?

Ich beschränke mich auf die Aufzählung bereits angelaufener und künftig möglicher Leistungen und Aufgaben:
– KSZE-Teilnahme unter Federführung des EDA.
– Beobachter für die UNO; ab 1992 werden diese in der Schweiz ausgebildet.
– Hilfeleistung in Form von Beratung und Aufnahme von Offizieren von mitteleuropäischen Staaten bei deren Konzipierung von Sicherheitspolitik, Organisation und Strukturen von Streitkräften. Beziehungen bestehen gegenwärtig mit Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei.
– Aufstellung von «Blauhelm»-Verbänden. Sobald der politische Auftrag vorliegt, kann mit der Realisierung begonnen werden.
– Aufstellen von Detachementen zur Unterstützung der UNO («Medical Units», Transport-, Genie- und Spezialisten-Detachemente). Die Rekrutierung von Freiwilligen ist im Gange.

Ein konkreter Auftrag für medizinische Hilfe in der Westsahara ist so weit vorbereitet, dass die Aktion im August anlaufen kann.
– Ausbildung sicherheitspolitischer Experten, auch des Auslandes. Die Kurse laufen an der Universität Genf. Ab 1992 können Angehörige der bisherigen WAPA-Satellitenstaaten und der NATO teilnehmen.
– Ressortforschung auf dem Gebiet der Guten Dienste, der Friedenssicherung und der Rüstungskontrolle. Zentren sollen vorerst an der ETH Zürich und an der Universität Genf entstehen. Die entsprechenden Eingaben folgen in nächster Zeit.

Die meisten Aktionen erfolgen nach «Ebenen» der politischen Bühne durch das EDA. Die personellen Einsätze beruhen auf Freiwilligkeit, und die Vorbereitung ist langwierig.

Es versteht sich, dass wir uns die Erfahrungen anderer Neutraler zunutze machen, die uns auf dem Gebiet der Friedensförderung zum Teil weit voraus sind.

Allgemeine Existenzsicherung

Der Beitrag der Armee zur allgemeinen Existenzsicherung ist ein zweifacher:
– Einmal geht es darum, *bei Naturkatastrophen* Unterstützung für Gemeinden, Kantone und Bund leisten zu können. Diese Hilfe kann auch dem grenznahen Ausland gewährt werden.

Hier betritt die künftige Armee kein Neuland. Die Unwettereinsätze im Sommer 1987 und die vorbildliche Arbeit nach dem Sturm im Frühjahr 1990 in unseren Wäldern haben Behörden und Bevölkerung überzeugt.

– Der andere Bereich der Existenzsicherung nun führt zu neuen Aufgaben. Er muss auch *Bereiche abdecken, die nicht unbedingt mit den gewohnten Begriffen Krieg oder Friedenserhaltung liiert werden können.*

Internationale Grossverbrechen, Terrorismus, Drogenkrieg, aber auch Konflikte ethnischer Gruppen auf unserem Boden können zu einer ernsthaften Gefährdung unserer Bevölkerung und unserer Institutionen führen. Die kantonalen Polizeikorps würden bald einmal überfordert sein. So muss die Armee bereit sein, rasch und effizient Subsidiärhilfe leisten zu können. Es muss verhindert werden, dass der Schweizer zum Fremden auf heimischen Boden wird.

Über kurz oder lang werden uns wahrscheinlich Migrationsprobleme in noch weit grösserem Masse beschäftigen als bisher. Die Schweiz ist kein Einwandererland. Der Schutzsuchende muss aber bei uns mindestens vorübergehend einen sichern Ort finden.

Bei wenigen Ankömmlingen pro Tag und Ort sind Polizeiorgane von Gemeinden und Kantonen und das Grenzwachtkorps Herr der Lage. Bei Tausenden von Einlass Begehrenden wären sie überfordert und ein Chaos unabwendbar, sofern nicht die Armee angefordert werden könnte. Dabei ist es nicht Aufgabe der Armee, zu schiessen, sondern zu helfen, Not zu lindern.

Wer anders als Teile der Armee könnte zumindest in naher Zukunft Flüchtlingsströme aus Ost, West, Nord und Süd leiten, kontrollieren, betreuen, unterbringen und dafür sorgen, dass unter den Schutzsuchenden friedliches Zusammenleben gewährleistet ist und dass unsere Dörfer und Städte und ihre Bewohner sicher wären vor Übergriffen aller Art?

Die Migration ist sicher kein nationales Problem, und seine Lösung kann wohl nur gesamteuropäisch angegangen werden. Was auf unser Land zukäme, müsste hingegen so oder so kurzfristig und pragmatisch gelöst werden können.

Sicher sind weder friedenserhaltende Aktionen noch Katastrophen und Krisen Ereignisse, die mit dem klassischen Hauptauftrag unserer Armee, der Verteidigung von Land und Volk, viele Gemeinsamkeiten aufweisen.

Die Beiträge der Armee in diesen Bereichen sind deshalb nur dann möglich, wenn dies die sicherheitspolitische Lage zulässt. Die Armee ist auch nicht das prädestinierte Hilfskorps, aber sie ist in unserem Land wahrscheinlich noch auf längere Zeit die einzige Institution, die personell und materiell, aber auch von ihrer Führungsstruktur her, in der Lage ist, auf eidgenössischer wie auf kantonaler Ebene bei Krisen und Katastrophen grossen Ausmasses effiziente Hilfe zu leisten.

Miliz und Wehrpflicht

Die Armee als Hauptpfeiler unserer Sicherheitspolitik erhält also neben dem Schutz des Freiheitsraumes mit der Waffe, wenn es zum Letzten kommen sollte, neue, zum Teil atypische Aufgaben.

Bei der Ausweitung dieser Aufgaben für die Armee, aber auch bei zunehmender Technizität moderner Waffensysteme, stellt sich die Frage, ob dies alles durch eine Milizarmee noch zu bewältigen sein wird. So ist denn die *Kontroverse Milizarmee – Berufsheer* in letzter Zeit ein vielbesprochenes Thema. Es ist offensichtlich, dass einer Milizarmee nicht beliebig neue Aufträge überbunden werden können. Sie verkraftet dies vom System her nicht. Demzufolge ist der Stellenwert der Aufträge, vor allem auch deren konzeptionelle, personelle und materielle Bedürfnisse, genau zu analysieren und festzulegen.

Die Diversifikation des Auftrags darf dabei auf gar keinen Fall auf Kosten der Verteidigung des Landes und des Schutzes unseres Volkes erfolgen. Die Verteidigung ist und bleibt Hauptaufgabe unserer Armee.

Der Bundesrat hat sich im sicherheitspolitischen Bericht für die Beibehaltung der Miliz ausgesprochen. Wir glauben, das ist richtig so.

Für uns kommt kein anderes System als das der Miliz in Frage.

– Wir wollen nicht Garnisonen mit Berufsleuten, denen das Söldnertum als Lebensaufgabe näher liegt als die Einsicht in die Notwendigkeit, unser Land in Gefahr zu schützen. (Als Berufsleute in der Armee sind Lehrer und Ausbildner, Führerpersönlichkeiten und Vorbilder gefragt und nötig, künftig vielleicht vermehrt auch Exponenten technischer Berufsgattungen.)

– Wir wollen weiterhin diese im Ausland vielbeachtete unsichtbare Armee, in welcher der Bürger in Uniform erst antritt, wenn das Land ihn ruft.

– Wir wollen diese Armee auch künftig freihalten von jedem entferntesten Verdacht, als ständige Bereitschaftstruppe für irgendwelche machtpolitischen Zwecke umfunktioniert und benutzt werden zu können.

– Wir wollen unserem föderalistischen Staat weiterhin die grossen Vorteile sichern, die das Zusammenleben von Wehrmännern aller Berufe, jeden sozialen Standes, verschiedener Sprachen, Kulturen und Herkunft und fortan auch jeden Wehrpflichtalters beinhaltet.

– Wir wollen auch wieder etwas stolz sein auf unser Milizsystem, um das uns gerade in dieser Zeit vor allem die nach ihrer Freiheit und nach ihrem nationalen Bewusstsein suchenden bisherigen Satellitenstaaten im Osten Europas beneiden; diese Staaten betrachten nämlich unser Milizsystem als das künftige Idealbild ihrer Streitkräfte.

Berufsheer: viel zu teuer

– Es gibt aber schliesslich auch einen völlig rationalen Grund, der für die Miliz spricht: Ein Berufsheer ist nicht finanzierbar.

Belgien zum Beispiel gibt pro Jahr 53 Prozent des Landesverteidigungsbudgets für Besoldungen seiner 60 000 Berufssoldaten aus. (Bei einem Bruttolohn eines Soldaten von 2000 Franken.)

Machen wir die Schweizer Rechnung:

60 000 Franken pro Berufsmilitär als Durchschnitt aller Grade ergäbe ein Total der Jahresgehälter für 100 000 Mann von 6 Milliarden Franken. Gemäss Budget 1991 belaufen sich die EMD-Ausgaben auf 5,243 Milliarden Franken! Ein Berufsheer wäre auch mit kleineren Beständen eine Utopie, weil für Infrastruktur, «Satelliten-Wohnquartiere» usw. sehr grosse zusätzliche Investitionen nötig wären.

Kurzum: *Wir wollen die Verantwortung für die Freiheit unseres Landes nicht bezahlten Legionären überlassen.*

Wehrpflicht und Bestände

Mit der Miliz aufs engste verbunden ist die allgemeine Wehrpflicht. Auch sie wird beibehalten. Dabei steht in

der Armee heute nicht zur Diskussion, wieweit und wann auf eine allgemeine Dienstpflicht, einen Gemeinschaftsdienst oder ähnliches überzugehen ist. Das wird, wenn es dazu kommt, der Souverän zu entscheiden haben, und die nachgeordneten politischen Institutionen und dahinter die Armee haben den diesbezüglichen Willen des Volkes umzusetzen.

Die künftige Armee wird um zirka einen Drittel, das heisst, auf zirka 400 000 Mann herabgesetzt.

Verglichen mit den angekündigten 370 000 Angehörigen, welche die künftige deutsche Bundeswehr umfassen soll, scheint das absurd. Dem ist jedoch nicht so. Die Dienstzeit der Bundeswehr wird an einem Stück geleistet, unsere aber in 20 Jahren. So steht in Deutschland jeweils ein Jahrgang von zirka 300 000 Mann plus 70 000 Mann Berufsmilitär im Dienst. Ende Jahr werden sie in die Reserve entlassen. Bei Gefahr könnten also beliebig viele Jahrgänge zu 300 000 zu einem Millionenheer reaktiviert, also mobilisiert werden.

Die Schweizer Milizarmee würde weiterhin 400 000 Mann umfassen. Zusätzliche Angehörige der Armee wären dem Zivilen nicht entziehbar.

Fest steht zudem, dass die künftige Bundeswehr wohl die in Europa modernste und technologisch auf höchstem Stand stehende Streitkraft sein wird. Unsere Milizarmee wird jedoch weiterhin relativ grosse Mannschaftsbestände aufweisen, weil es uns unmöglich war und bleiben wird, als Kompensation von fehlenden Beständen die Zahl der modernen Waffensysteme wesentlich anzuheben. Die Diskussionen um 34 neue Kampfflugzeuge zeigen das bereits heute deutlich.

Selbsternannte Militärexperten beweisen in letzter Zeit mit ihrem Spruch: «Absenken der Bestände, dafür modernste Bewaffnung» wenig Kenntnis für die Realität.

Mit den freiwerdenden Mitteln bei Herabsetzung der Bestände lässt sich nämlich unsere Armee nicht zur hochtechnologisierten Streitkraft ausrüsten.

Weil wohl wahrscheinlich ist, dass die eingesparten Millionenbeträge dann kaum wieder für die Armee eingesetzt würden, wäre der Trend klar: Die Armee würde kleiner, billiger, schwächer.

Als schwerwiegendste Konsequenz aber würde das radikale Herabsetzen der Bestände das Ende der allgemeinen Wehrpflicht bringen, sofern nicht gleichzeitig ein Zivildienst eingeführt würde.

Die Weiterführung der allgemeinen Wehrpflicht stösst bei einer Armee von 200 000 oder 100 000 Mann auf unüberwindbare Hindernisse. Bei jährlich 25 000 Rekruten würde das Heer noch die 21- bis 28- oder gar die 21- bis 24jährigen umfassen. Ich ziehe die Durchmischung mit 35- bis 40jährigen Familienvätern vor.

Oder man müsste sich sogleich für eine allgemeine Dienstpflicht: Militär/Zivildienst entscheiden, um die anfallenden 20jährigen alle unterzubringen (Hälfte in Armee, Hälfte in Zivildienst).

Noch etwas anderes wäre bei Herabsetzung der Bestände zu beachten. Die Ausrüstung und Bewaffnung würde gezwungenermassen nur noch für dieses 100 000-Mann-Heer zu beschaffen sein. Das Parlament würde kaum moderne Rüstungsmaterialvorräte für *Reserveverbände* bewilligen. Müsste später – wie im Ausland üblich – auch auf ein Reservistenkontingent gegriffen werden, sofern die Lage sich zuspitzen würde, wären weder zeitgemässe Ausrüstung noch moderne Bewaffnung für dessen Einsatz vorhanden, von genügender Ausbildung nicht zu sprechen. Dies ist unter anderem ein gewaltiges Problem der sogenannten Reservistensysteme (Finnland, Schweden zum Beispiel).

Ausblick

Die Schweiz startet in ihre Zukunft mit einer Sicherheitspolitik, die sich auf die bewaffnete Neutralität und dabei weiterhin auf die allgemeine Wehrpflicht und die Miliz abstützt.

Es ist heute völlig müssig, von dieser Sicherheitspolitik und insbesondere von der Armee Visionen über die künftige Stellung unserer Streitkräfte in einem vereinigten Europa zu verlangen.

Bei uns hat das Volk die politische Marschrichtung zu bestimmen. Die Armee hat sich dann entsprechend anzupassen. Sie darf in einer Demokratie nicht politische Vordenkerin sein.

Wenn sich einmal eine Veränderung unserer heutigen staatspolitischen Maximen hin zu einem zusammenrückenden Europa abzeichnet, wird die Anpassung unserer Streitkräfte zur sogenannten «Europafähigkeit» organisatorisch wohl kaum eine der Hauptschwierigkeiten sein, die unser Volk dannzumal zu überwinden hat.

Unser Volk hat ja gesagt zu seiner Armee. Es hat damit angezeigt, dass es wohl eine Armee will, die in der Lage ist, ihren Auftrag wahrzunehmen. Es hat aber auch den Mahnfinger erhoben, damit diese Armee der Zeit angepasst und so gestaltet wird, dass sie in Zukunft in unserem Land geachtet und im Ausland beachtet wird, weil sie tauglich ist.

Die Tauglichkeit ist nicht nur von Rüstung und Ausbildung abhängig. Zwar ist es unumgänglich, dass hier auch langfristig die nötigen Mittel für Aufrechterhaltung der materiellen und soldatischen Kampfkraft gesprochen werden. Für nichts gibt es nichts.

Und die Armee ist aufgefordert, mit den gesprochenen Mitteln haushälterisch umzugehen. Dabei muss der Grundsatz gelten, dass wir Genügendes belassen, das Nötige beschaffen, auf Wünschbares verzichten und uns des Überflüssigen entledigen. Die Armee hat sich auch den zivilen Gepflogenheiten anzugleichen, soweit das zumutbar ist.

Entscheidend dafür, ob unser Land auch künftig als Freiheitsraum besteht, ist jedoch die Einsicht von uns allen, ihn zu erhalten und der Wille, für seinen Schutz einzustehen und die nötigen Vorkehrungen hiefür zu treffen. Und wenn Elternhaus, Schule und Kirche unserer jungen Generation wieder vermehrt die Werte dieses einzigartigen, föderalistischen Staates aufzeigen, ihr auch seine Fehler und Unvollkommenheiten nicht vorenthalten, die es noch zu verbessern gilt, dann wird diese junge Generation mit gleicher Überzeugung und Kraft an die Zukunft unseres Landes glauben, wie viele Generationen vor ihr.

Vor allem die heranwachsende Generation wird dann entscheiden, wie sie künftig diesen Freiheitsraum mitten in Europa weiter gestalten will, ob mehr allein oder vielleicht in enger Zusammenarbeit mit andern Völkern. Darunter sind heute noch solche, die sich seit langer Zeit nach einem ähnlichen geschützten Freiheitsraum sehnen.

Allein schon dies verdient Dankbarkeit für das in unserem Staat Erreichte und Zuversicht und Hoffnung für die Zukunft. ■